

Liechtensteiner Volksblatt

Erscheint Montag, Dienstag, Mittwoch, Donnerstag, Freitag und Samstag · Jeden Donnerstag Grossauflage · Amtliches Publikationsorgan · Tel. (075) 2 42 42 · Einzelpreis: 60 Rp.

Es ist wieder Zeit für die FBP

Dankesworte von Parteipräsident Dr. Herbert Batliner an der Wahl-Schlussveranstaltung in Mauren

Wir stehen (fast) am Ende eines langen und für viele von uns auch anstrengenden Wahlkampfes. Unsere Demokratie setzt diesen Wettbewerb um die besseren personellen und sachlichen Alternativen voraus.

Der Wahlkampf mag für manche – besonders für Erstwähler – hart erscheinen, für andere – erfahrene Wahlstrategen – wiederum zu wenig aggressiv. Damit dürfte der Mittelweg, den wir eingeschlagen haben, richtig gewesen sein. Der Wähler verdient nämlich eine sachliche Aufklärung über das Geleistete und über das Versprochene, aber nicht gehaltene Wort.

Vier Jahre sind es her, als ich hier in Mauren zum Präsidenten der FBP gewählt wurde. Damals standen wir unter dem Eindruck einer leider hochverlorenen Landtagswahl. Heute bringen wir zum Ausdruck, dass wir in Erwartung der Rückkehr zur Mehrheit im Landtag und Regierung sind. Wer hätte dies damals erhofft, was wir heute erwarten.

Wir haben den Wahlsieg wohl in Griffnähe, aber noch nicht ganz im Griff. Wir müssen bis zuletzt unseren Einsatz leisten, wenn wir das hochgesteckte Ziel des Wahlerfolges erreichen wollen und ich bitte Euch alle heute zum letzten Mal vor Öffnung der Wahlurnen in den letzten Tagen und Stunden den Bürgerinnen und Bürgern zu beweisen, dass unsere Mannschaft und unser Programm die bessere Alternative zum politischen Gegner ist.

Im Gegensatz zu meinen Schlussworten in sämtlichen Ortsgruppen-Versammlungen werde ich mich heute an dieser Stelle nicht mit dem politischen Gegner befassen.

Mein wichtigstes Anliegen ist es heute abend, Euch allen Dank zu sagen. Mein Dank kommt aus aufrichtigem Herzen und er gilt jedem, der uns auf der oft beschwerlichen Wegstrecke der vergangenen vier Jahre und insbesondere in den letzten Wochen begleitet hat.

Ich danke allen Obmännern, Delegierten, Mandatsträgern und den vielen Helferinnen und Helfern, die durch ihren Einsatz, ihren Schwung und ihren Optimismus dazu beigetragen haben, dass wir heute wieder dahin zurückgekehrt sind, wo der Platz der Bürgerpartei in diesem



Parteipräsident Dr. Herbert Batliner sprach an der Schlussveranstaltung der FBP in Mauren bereits vor Bekanntwerden des Wahlergebnisses vom Wochenende allen FBP-Freunden seinen Dank aus. An der Schlussveranstaltung in Mauren nahmen wiederum mehrere hundert Frauen und Männer teil. Zuversicht und Optimismus prägten auch hier die Stimmung.

Staat ist: Ganz vorne und jederzeit bereit, die politischen Geschicke dieses Landes verantwortungsbewusst in die Hand zu nehmen. Respekt vor Eurer Arbeit. Dank für Euer Wirken.

Ebenso danke ich auch allen Mitbürgerinnen und Mitbürgern im Lande, die am Freitag und Sonntag ihre Wahlpflicht erfüllen und damit einen Beitrag leisten für die Zukunft unseres Landes. Meine besonderen Dankesworte gelten natürlich jenen Frauen und Männern, die ihre Stimme der FBP und ihren Mandatären geben. Ihnen sind wir in ganz besonderer Weise im Wort.

Ich formuliere meine Dankesworte bewusst vor dem entscheidenden Urnengang vom kommenden Sonntag, denn unser Dank hat keinen Zusammenhang mit dem Ausgang dieser Wahl. Wenn wir auch auf einen positiven Wählerentscheid zu unseren Gunsten hoffen, so werden wir jedes demokratische Urteil respektieren: Als Gesamtpartei und als einzelne Kandidaten. Denn an der Leistung, die Ihr in den letzten Wochen, Monaten und Jahren erbracht habt, wird das Wahler-

gebnis vom Sonntag nichts ändern.

Erlaubt mir zum Schluss eine persönliche Bemerkung: Ich bin in den letzten Jahren, insbesondere aber in den letzten Monaten und Wochen des Wahlkampfes vielen Menschen in unserem Lande begegnet. Ich habe gelernt, manche Dinge mit anderen Augen zu sehen. Mein ganz persönlicher Dank gilt daher allen, die mir auch menschlich zur Seite gestanden sind und mir immer wieder Mut gemacht haben, den eingeschlagenen Weg unbeirrt fortzusetzen.

Ich habe viele schöne und lehrreiche Stunden erlebt, die ich in meinem weiteren Leben nicht missen möchte. Ich denke hier besonders an die vollbesetzten Ortsgruppenversammlungen der letzten Wochen, bei denen uns eine Welle der Sympathie und des Vertrauens geschenkt wurde.

Und die heutige Abschlussversammlung ist der beste Beweis dafür, dass wir im Aufwind sind, dass unsere Uhr richtig geht und dass es wiederum Zeit ist für die FBP.

Soll es wirklich so bleiben???

Es gibt viele und gute Gründe für eine politische Wende am 2. Februar 1986. Allein an dieser Stelle haben in den letzten Wochen 17 davon für sich selbst gesprochen!

Jetzt liegt die Entscheidung bei Euch, liebe Liechtensteinerinnen und Liechtensteiner.

Herzlichen Dank an alle, die an diesem Wochenende zur Urne gehen. Ein besonderes Dankeschön an jene, die mit ihrer Stimme der FBP die Chance geben, ihr beispielhaftes Programm für alle Menschen in Liechtenstein aus der Hauptverantwortung heraus zu verwirklichen.

Auch auf Dich kommt es an!

Gib Deine Stimme der FBP und ihren Kandidaten!



Zeit für die FBP ...was sonst?

Noch **2** Tage bis zur Wahl!

Gesehen, gelesen, notiert

Immer wieder fragen sich Bürgerinnen und Bürger, weshalb die VU auf Kritik an ihrer Politik so heftig und nervös reagiert. Spürt die VU plötzlich, wie das teilweise arrogante Verhalten ihrer Mandatäre gar nicht so gut ankommt, wenn gleichzeitig von «metanand» die Rede ist? Versucht die VU von den Problemen, die sich mit ihren unerfüllten Versprechungen belasten, abzulenken?

Jüngstes Beispiel dieser Nervosität ist die im «Vaterland» zitierte Sammlung von Sätzen, die aus dem Zusammenhang gerissen wurden, um angebliche Unfairness oder Verletzung der Fairness aufzeigen zu können. Wird Kritik an VU-Mandatären als Unfairness deklariert? Wird Kritik auf diese Weise zu unterbinden versucht?



Der Regierungschef lässt sich vor den Parteikarren spannen

Gestern hat Regierungschef Brunhart, der sich im ganzen Wahlkampf fast eine «landesväterliche» Rolle zugelegt hatte, zu einem Mittel gegriffen, das eines liechtensteinischen Regierungschefs eigentlich unwürdig ist. Er liess sich vor den Parteikarren spannen, um bei den liechtensteinischen Frauen auf Stimmfang auszugehen.

In einem Grossinserat im «Vaterland» wendete der Regierungschef sich direkt an die liechtensteinischen Wählerinnen und versuchte den Eindruck zu erwecken, dass er sozusagen der alleinige Garant einer im Interesse der liechtensteinischen Frauen liegenden Politik sei. Als Beweis dafür führt er seine Verdienste bezüglich «Liechtensteinerin bleiben» und die Einführung des Frauenstimmrechts an und verspricht eine Neuregelung des Bürgerrechts von ausländischen Kindern liechtensteinischer Mütter.

Die Tatsachen liegen anders

Der Gesetzesentwurf aus dem Jahre 1974 «Liechtensteinerin bleiben» wurde von der FBP-Regierung unter Regierungschef Dr. Walter Kieber beschlossen und vom Landtag unter der Mehrheit der FBP verabschiedet. Das Verdienst des heutigen Regierungschefs liegt darin, dass er als seinerzeitiger Vizechef seine Unterschrift unter einen Ressortantrag gesetzt hat.

Frauenstimmrecht durch FBP-Vorstösse

Die Einführung des Frauenstimmrechts ist wesentlich auf parlamentarische Vorstösse der FBP-Fraktion im Landtag zurückzuführen. Die FBP-Vorstösse im Jahre 1982 umfassten einerseits die Einführung des Frauenstimmrechts, andererseits aber auch die Lösung über eine Sicherstellung der gleichen politischen Rechte in

Gemeindeangelegenheiten für alle Liechtensteiner und die Einführung einer Karenzfrist für eingetragene Ausländerinnen. Auf Druck der VU erklärte sich die FBP-Fraktion bereit, nur den ersten Vorstoss, nämlich die Einführung des Frauenstimmrechts, an die Regierung zu überweisen.

Aufgrund dieses Vorstosses legte die VU-Regierung schliesslich eine Vorlage zur Einführung des Frauenstimmrechts vor, die dann in einer Volksabstimmung von den Stimmbürgern angenommen wurde.

Die erleichterte Einbürgerung von Kindern liechtensteinischer Mütter hat die VU schon in ihrem Programm 1978 und wiederum im Programm 1982 versprochen, aber bis heute noch nicht realisiert. Welche Lösungen der Regierungschef anstreben will, zeigt sich aus einem von ihm kürzlich zur Stellungnahme versendeten

Gesetzesentwurf. Dort heisst es unter anderem:

«Das Bürgerrecht darf nicht verliehen werden.

- wenn das bisherige Verhalten des Bewerbers Anlass zur Befürchtung gibt, dass er eine Gefahr für die öffentliche Ruhe, Ordnung und Sicherheit bildet, oder
- wenn zu befürchten ist, dass der Bewerber sich nicht in die liechtensteinischen Lebensverhältnisse einfügen kann, oder
- wenn zu befürchten ist, dass der Bewerber aufgrund eigenen Verschuldens zu einer dauernden Belastung für Staat und Gemeinde wird.»

Dieses Thema kam auch bei der kürzlichen Radiodiskussion zur Sprache. Dort musste sich der Regierungschef von Frau Gerda Bicker-Brunhart vorhalten lassen, dass dies eine menschenwürdige Lösung ist.